



168 Millionen Kinder müssen weltweit arbeiten

10. Juni 2016, 14:52

f s+ t 4 POSTINGS

bezahlte Anzeige

derStandard.at/Karriere

ISG
INTERNATIONAL SERVICE GROUP

Serviceleiter (m/w)
Industriemotore
Standort: Fischamend



"Brot für die Welt": Österreich muss Beitrag für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit leisten

Wien – Weltweit müssen rund 168 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren täglich arbeiten, 85 Millionen von ihnen unter unzumutbaren Bedingungen, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Das evangelische Hilfswerk "Brot für die Welt" und die Kindernothilfe fordern anlässlich des internationalen Tages gegen Kinderarbeit am 12. Juni mehr Engagement für Kinderrechte.

"Diese Situation ist inakzeptabel – vor allem gesundheitlich, aber auch was die Zukunftschancen der Kinder betrifft", kritisierte der evangelische Bischof Michael Bünker, Schirmherr von Brot für die Welt, am Freitag in einer Aussendung. Bünker fordert wirksame Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA), um den Rückgang der Kinderarbeit zu beschleunigen. "Österreich darf den Kopf nicht in den Sand stecken. Unsere Bundesregierung muss endlich die österreichische Entwicklungshilfe auf die versprochenen 0,7 Prozent des BIP anheben, so wie es die Staatengemeinschaft vorsieht", so Bünker. Aktuell beträgt der Anteil der EZA am BIP in Österreich 0,32 Prozent.

"Unternehmer in die Pflicht nehmen"

Die Kindernothilfe drängt auch auf eine intensive Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit. Es sei die Amut, die Kinder in schwere, ausbeuterische Arbeit zwingt. Das Einkommen der Kinder werde für das tägliche Überleben der Familien benötigt. "Für die Unternehmen sind Kinder als Arbeitskräfte billiger als Erwachsene – und stellen weniger Forderungen", so das Fazit der Kindernothilfe.

Die SPÖ-Sprecherin für globale Entwicklung, Petra Bayr, will Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen: Es dürfe nicht sein, "dass Unternehmen am Ende einer internationalen Lieferkette Profit machen, in der ausbeuterische Kinderarbeit steckt". Bayr forderte erneut einen rechtlich verbindlichen Rahmen für international agierende Unternehmen, der soziale und ökologische Aspekte regelt. (APA, 10.6.2016)